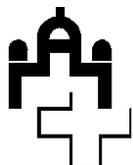


Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



20.015 ns Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Nato. Bericht

Bericht der Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Nato vom 31. Dezember 2019

Die Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Nato (Nato-PV) nimmt im Auftrag der Bundesversammlung an den Tagungen der Nato-PV sowie an den Seminaren und Arbeitstreffen von deren Ausschüssen teil.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung über die Pflege der internationalen Beziehungen (VPiB) unterbreitet die Nato-PV-Delegation den eidgenössischen Räten jährlich einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Elemente ihrer Tätigkeit.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Kommission
Der Präsident 2018/2019

Isidor Baumann

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen
- 3 Reisekosten
- 4 Hauptdiskussionsthemen 2019
- 5 Würdigung der Tätigkeiten der Nato-PV im Jahr 2019
- 6 Schlussfolgerungen und Tätigkeiten



1 Einleitung

Die Schweizer Delegation bei der Nato-PV hat ihre Rechtsgrundlage in der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes (VPiB, [SR 171.117](#)). Wie die anderen parlamentarischen Delegationen bei internationalen Organisationen hat auch die Nato-PV-Delegation ein Reglement¹, das den Umfang ihrer Tätigkeiten festlegt.

Zusammensetzung der Delegation im Jahr 2019:

Präsident: Ständerat Isidor Baumann;

Vizepräsidentin: Nationalrätin Corina Eichenberger-Walther;

Mitglieder: Nationalrat Werner Salzmann und Ständerat Josef Dittli;

Ersatzmitglieder: Nationalrat Pierre-Alain Fridez und Ständerat Alex Kuprecht.

2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen

Im Jahr 2019 nahm die Schweizer Delegation bei der Nato-PV an folgenden Anlässen teil:

- Frühjahrstagung in Bratislava (31. Mai bis 3. Juni; Nationalräte Werner Salzmann und Pierre-Alain Fridez);
- Jahrestagung in London (11. bis 14. Oktober; Ständeräte Isidor Baumann und Josef Dittli, Nationalrätin Corina Eichenberger und Nationalrat Werner Salzmann).

Die beiden Tagungen waren Gegenstand je eines Delegationsberichtes zuhanden der Sicherheitspolitischen Kommissionen. Im Berichtsjahr überschritten sich die Daten der Rose-Roth-Seminare sowie verschiedener Ausschusssitzungen mit den Sessionen oder Kommissionssitzungen der eidgenössischen Räte und blieben deshalb ohne Beteiligung der Schweizer Delegation.

3 Reisekosten

Durch die Bahn- und Flugreisen der Nato-PV-Delegation im Jahr 2019 entstanden der Bundesversammlung Kosten in Höhe von 2251 Franken.

4 Hauptdiskussionsthemen 2019

Im Zentrum der Diskussionen der Nato-PV standen im Jahr 2019 die Herausforderungen und die Weiterentwicklung der Nato, die Spannungen zwischen Russland und dem Westen, die Entwicklungen im Bereich der digitalen Technologien, der künstlichen Intelligenz (KI) und der Cyberbedrohungen, die Terrorismusbekämpfung sowie die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika (Mena-Region). Weitere wichtige Themen waren die Entwicklung der Lage auf dem Westbalkan und in Afghanistan sowie der Aufstieg Chinas.

4.1 Die Vollversammlungen

Sowohl in Bratislava als auch in London bezeichnete die Präsidentin der Nato-PV, die Britin Madeleine Moon, das 70-Jahr-Jubiläum der Nato als guten Moment, um Bilanz zu ziehen und über die künftigen Herausforderungen nachzudenken. Sie betonte in diesem Zusammenhang, dass der Erfolg, den das Bündnis seit seiner Gründung hat, vor allem auf seiner Einigkeit beruht. Wie heute habe es auch in der Vergangenheit immer wieder Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bündnispartnern gegeben. Diese seien indes eher von taktischer Natur und weniger von strategischer Natur, betreffen

¹ www.parlament.ch (Organe > Delegationen > Die Delegationen internationaler parlamentarischer Versammlungen > Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Nato (Nato-PV) > Rechtsgrundlagen).



also vor allem die Frage, welche Haltung gegenüber den Herausforderungen einzunehmen sei. Über die Art der Herausforderungen bestehe hingegen Einigkeit. Beispielsweise stelle niemand die Notwendigkeit infrage, dass die Ausgaben für die Verteidigung erhöht werden müssen. Um auch künftig ihre Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, müssten sich die Mitgliedstaaten auf die gemeinsamen Werte besinnen, die das Fundament der Nato bildeten. Laut Madeleine Moon hat die derzeitige Instabilität mit den Cyberangriffen gegen Estland im Jahr 2007 und mit der russischen Militärintervention in Georgien im Jahr 2008 ihren Anfang genommen. Und dennoch sei der Westen sechs Jahre später überrascht gewesen, als Russland die Krim annektiert habe. Parallel dazu habe sich die Gefahr, die vom Islamischen Staat (IS) ausgeht, erheblich erhöht. Doch die Nato habe dem nicht tatenlos zugesehen: Die am Wales-Gipfel 2014 erarbeiteten Antworten, namentlich der Beschluss der Nato-Staaten, mehr in ihre Verteidigung zu investieren, hätten diese Entwicklung gestoppt. Madeleine Moon erinnerte ausserdem an die Massnahmen zur Stärkung der militärischen Verteidigung. Gleichzeitig sei eine Strategie zur Bekämpfung des IS ins Leben gerufen worden. Dieser Prozess müsse angesichts des konfrontativen Verhaltens Russlands fortgesetzt werden. Madeleine Moon kritisierte an der Jahrestagung die russische Haltung und zeigte sich überrascht, wie wenig sich die Öffentlichkeit in einigen Nato-Ländern der Bedeutung der Nato für die Sicherheit und Stabilität Europas bewusst sei. Hierüber gelte es nachzudenken. Sie bekräftigte die Absicht, mit den Jugendverbänden zusammenzuarbeiten, um den jüngeren Generationen nahezubringen, was die Nato ist und was sie macht. Sie betonte zudem den Wert von Bündnissen und den Willen der Nato-PV, ihre Beziehungen zu anderen parlamentarischen Versammlungen² zu stärken sowie ein Alumni-Netzwerk der Versammlung zu schaffen.

Der für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik zuständige stellvertretende Nato-Generalsekretär, Alejandro Alvargonzález, erinnerte in Bratislava an das Ziel der Nato, die zentralen Werte von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und die sich daraus ergebende Lebensweise zu verteidigen. Gewisse Gegner des Westens wüssten, dass die Nato ein reines Defensivbündnis sei, und griffen deshalb das demokratische Modell und nicht die Nato-Streitkräfte an. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg äusserte sich in London ähnlich. Die beiden Nato-Verantwortlichen erklärten, dass das Bündnis vor folgenden Sicherheitsherausforderungen stehe:

1. Zwar sei Afghanistan für Terroristen kein sicherer Hafen mehr, trotzdem gäbe es immer noch grosse Probleme und bleibe die Sicherheitssituation schwierig. Die Nato müsse ihr Engagement in Afghanistan unbedingt aufrechterhalten.
2. Der IS kontrolliere in der Mena-Region zwar kein Territorium mehr, habe sich aber reorganisiert und stelle weiterhin eine reale Bedrohung dar.
3. Russland sei kein verlässlicher Partner mehr. Die Annektierung der Krim sei Teil eines aggressiven Verhaltensmusters. Die intensiverte militärische Präsenz von der Arktis bis zum Schwarzen Meer, die fortgesetzte Destabilisierung der Ostukraine, der Abschuss des Linienflugzeugs über der Ukraine (Flug MH17), der Einsatz chemischer Kampfstoffe auf Nato-Gebiet (Skripal), die Verletzung von Rüstungskontrollverträgen, Cyberangriffe auf Infrastrukturen, Institutionen und Wahlen sowie Desinformationskampagnen namentlich via soziale Netzwerke gehörten ebenfalls zu diesem Verhaltensmuster, dessen Ziel es sei, die Legitimität und die Wirksamkeit der demokratischen Systeme zu diskreditieren. Dennoch müsse die Nato weiterhin zum Dialog bereit sein, um eine ungewollte Eskalation aufgrund von Missverständnissen und Fehlbeurteilungen zu verhindern.

² In London nahm erstmals eine Delegation des panafrikanischen Parlaments an den Arbeiten der Nato-PV teil.



Im Bereich der Rüstungskontrolle werde Russland von den USA seit Monaten dazu gedrängt, gemäss dem Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag³) seine SSC-8-Raketen mit einer Reichweite von über 500 Kilometern auf überprüfbare Weise zu zerstören. Stattdessen habe sich Russland entschieden, diese Rakete, welche mit atomaren Sprengköpfen ausgestattet werden kann, an verschiedene Standorte zu stationieren. Jens Stoltenberg kritisierte die russische Haltung, versicherte aber, dass die Nato keine symmetrische Reaktion plant und keine neuen Atomraketen in Europa stationieren wird. Sie werde aber sehr wohl ihre Instrumente zur Abschreckung und ihre Verteidigungsfähigkeit stärken.

4. Das strategische Gleichgewicht in der Welt verändere sich derzeit angesichts des Aufstiegs Chinas zur zweitgrössten wirtschaftlichen und militärischen Weltmacht. Dieser Aufstieg biete Chancen, berge aber auch Risiken.

5. Sowohl in Bratislava als auch in London wiesen die beiden Nato-Verantwortlichen darauf hin, dass die neuen Technologien die Art des internationalen Wettbewerbs verändern. Die Entwicklung in den Bereichen KI, Quantencomputing, Robotik, Biotechnologie und autonome Waffensysteme zeige, dass wir uns in einem neuen Zeitalter voller Unsicherheit befänden. Diese Technologien hätten das Potenzial, sowohl das Leben der Menschen als auch die Kriegsführung zu revolutionieren. Stoltenberg warnte, dass die Führungsrolle des Westens in Sachen technologischer Entwicklung nicht unangefochten ist. So habe sich China das Ziel gesetzt, bis 2030 Weltmarktführer bei der KI zu werden. Die Nato stelle eine einzigartige Plattform dafür dar, die Forschungspolitik der Streitkräfte der Nato-Mitgliedstaaten zu koordinieren sowie die ethischen und rechtlichen Fragen zu diskutieren, die sich in diesem Zusammenhang zweifellos stellen werden. Vor diesem Hintergrund müssten Europa und Nordamerika besser zusammenarbeiten und dürften Demokratie und Sicherheit nicht als garantiert betrachten. Die Sicherheitslage sei komplexer und gefährlicher geworden, insbesondere, weil verschiedene Risikofaktoren gleichzeitig aufträten. Die Aufgabe der Nato bestehe darin, sich kontinuierlich den neusten Entwicklungen anzupassen.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen in London in erster Linie die Lage in Nordsyrien und die Militäroperation der Türkei. Mehrere Delegationen, darunter jene aus Frankreich, Italien, den Niederlanden, Belgien und Island, bezeichneten die türkische Haltung als inakzeptabel und äusserten die Befürchtung, die türkische Invasion werde die gesamte Region destabilisieren und zu einem Wiedererstarken des IS führen. Dazu befragt, welche Rolle die Nato in dieser Sache einzunehmen gedenke, erklärte Jens Stoltenberg, dass derzeit Diskussionen stattfinden, es aber sehr unterschiedliche Ansichten gibt. Einerseits gefährde die türkische Operation die gemeinsam erzielten Erfolge in dieser Region. Andererseits verteidige die Türkei legitime Sicherheitsinteressen und trage sie die Hauptlast des Konflikts, indem sie die syrischen Flüchtlinge auf ihrem Staatsgebiet beherberge. Der IS sei nicht komplett besiegt; er habe sich aufgespalten und bestehe in Form von Untergrundzellen weiter. Er müsse weiter bekämpft werden, weshalb sich die Verbündeten weiterhin einig sein müssten. Darum gehe es nun. Nato-Generalsekretär Stoltenberg teilte die Ansicht des Portugiesen Julio Miranda Calha, für den die Situation in Syrien und im Irak direkte Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Nordafrika hat. Der Leiter der spanischen Delegation, Miguel Gutierrez, rief die Allianz dazu auf, eine Strategie für ihre südliche Grenze zu erarbeiten. Jens Stoltenberg erachtete eine einheitliche Strategie für die gesamte Mena-Region ebenfalls für sinnvoll und hielt fest, dass die Nato ihr Engagement in Nordafrika verstärken muss. Er wies aber darauf hin, dass sich die Nato-Mitglieder auch hier nicht einig sind und Meinungsverschiedenheiten über die notwendigen Massnahmen in

³ Der INF-Vertrag von 1987 untersagt den USA und der UdSSR den Besitz und die Produktion von bodengestützten ballistischen Lenk Waffen und Marschflugkörpern mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern sowie Testschüsse mit solchen Systemen. Russland war als Nachfolgestaat der Sowjetunion ebenfalls an den Vertrag gebunden.



dieser Region bestehen. Der Delegationsleiter der USA, Gerald Connolly, stellte dem Generalsekretär die Frage, wie er vermeiden möchte, dass die Nato von innen heraus zersplittert. Jens Stoltenberg antwortete, dass es schon immer die Stärke des Bündnisses gewesen sei, über Gespräche zu einem Konsens zu gelangen, umso mehr, als keine Lösung aufgezwungen werden könne. Er betonte noch einmal, dass es zum Dialog zwischen den Mitgliedstaaten keine Alternative gibt.

Die Versammlung verabschiedete an der Jahrestagung sechs Resolutionen⁴, unter anderem zum 70-Jahr-Jubiläum der Nato und den ihr zugrundeliegenden Werten, zur Stärkung der Nato in den Bereichen Cybersicherheit, Cyberabwehr und Cyberabschreckung, zur Verteidigungs- und Abschreckungshaltung der Nato nach der Aufkündigung des INF-Vertrags, zu den Sicherheitsherausforderungen in Afrika und zu den jüngsten Entwicklungen in Afghanistan. Der Inhalt der wichtigsten Resolutionen wird in den folgenden Abschnitten zusammengefasst.

In London bestätigte die Versammlung die Britin Madeleine Moon für ein weiteres Amtsjahr als ihre Präsidentin.⁵ Da der Luxemburger Marc Angel die Versammlung auf Ende 2019 verliess, wählte diese den Deutschen Wolfgang Hellmich zum neuen Schatzmeister der Nato-PV. Das Budget 2020 beläuft sich auf 4,05 Millionen Euro, was eine Erhöhung von 1,26 Prozent gegenüber dem Vorjahresbudget darstellt.⁶ Dieser Anstieg ist auf den Teuerungsausgleich sowie höhere Personalkosten und Sozialleistungen zurückzuführen. Die Versammlung verabschiedete ausserdem ihren Generalsekretär, den Briten David Hobbs, der per Ende 2019 aus seinem Amt ausschied. Ihm wurde grosser Dank ausgesprochen, stand er doch seit 1983 im Dienste der Versammlung. Seine Nachfolgerin wird die Französin Ruxandra Poppa, bislang stellvertretende Generalsekretärin.

Die nachfolgenden Themen standen bei den Anlässen mit Beteiligung der Schweizer Delegation im Zentrum.

4.2 Herausforderungen und Entwicklung des Bündnisses

Die **Entwicklung der Nato** stand im Mittelpunkt der Diskussionen der beiden Tagungen. In Bratislava wurde in erster Linie über die gemeinsamen Werte diskutiert, die das Fundament der Nato bilden. Im Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit betonte die Deutsche Ulla Schmidt, dass es für das Vertrauen und die Solidarität unter den Nato-Mitgliedern von grundlegender Bedeutung ist, dass alle Mitgliedstaaten Werte wie Demokratie, Freiheit des Einzelnen, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit achten. Jedoch hätten sich das politische Umfeld und die Sicherheitslage in den letzten zehn Jahren durch bedeutende technologische, wirtschaftliche und demografische Entwicklungen weltweit verändert. Die moralische Überlegenheit der freiheitlich-demokratischen Ordnung gelte nicht mehr als selbstverständlich. Das Wachstum Chinas schein die Vorstellung, dass die liberale Demokratie der einzige Weg zu Wohlstand, einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und technologischer Führerschaft seien, in Frage zu stellen. Zudem befänden sich die Demokratie und die Freiheitsrechte in einigen Teilen der Welt auf dem Rückzug. So gebe es klare Anzeichen für ein schwindendes Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen, für Verdrossenheit über die etablierten politischen Parteien und die Medien, für eine zunehmende parteipolitische Polarisierung und für sozioökonomische Ungleichheit. In Verbindung mit Phänomenen wie «Fake News» und

⁴ Die Resolutionen sind unter www.nato-pa.int abrufbar (unter «Documents» mit den Suchbegriffen «Policy Recommendations» und «2019»).

⁵ Madeleine Moon verlor bei den britischen Unterhauswahlen vom 12. Dezember 2019 ihr Parlamentsmandat. Das Büro der Versammlung bezeichnete in der Folge Attila Mesterhazy (Ungarn) als Interimspräsidenten der Nato-PV.

⁶ Die Schweiz ist als assoziiertes Mitglied nicht beitragspflichtig, leistet aber über das Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte in Genf und über das VBS einen indirekten finanziellen Beitrag. Im Jahr 2019 konnten mit diesem Beitrag verschiedene Aktivitäten der Nato-PV, u. a. das 100. Rose-Roth-Seminar, finanziert werden.



sozialen Medien hätten diese Entwicklungen tiefgreifende Auswirkungen auf die politischen Systeme des Westens. Würden diese wachsenden politischen und gesellschaftlichen Spaltungen nicht angegangen, könnte dies die Geschlossenheit der Nato schwächen und die gemeinsame Sicherheit aufs Spiel setzen. Gerald Connolly hob vor dem Politischen Ausschuss hervor, dass die Nato ihren Erfolg nicht nur ihren militärischen Fähigkeiten verdankt, sondern auch der Tatsache, dass sie auf der Grundlage gemeinsamer Werte handelt. Diese Werte würden allerdings nicht nur von autoritären Staaten wie Russland und China bedroht, sondern auch von populistischen Bewegungen in zahlreichen Ländern des Bündnisses.

In London sagte Jamie Shea, Professor für Strategie und Sicherheit an der Universität Exeter, dass die Nato 70 Jahre nach ihrer Gründung mit Herausforderungen konfrontiert ist, die sie auf eine harte Probe stellen. Zu den traditionellen militärischen Herausforderungen seien hybride Kriege, Cyberkriege, Terrorismus und die Auswirkungen des Klimawandels hinzugekommen. Die Situation sei dadurch deutlich komplexer als während des Kalten Kriegs. Laut Jamie Shea liegt das Problem für die Nato darin, dass sie eigentlich drei Organisationen in einer sei. Es gebe die klassische militärische Nato, die seit 1949 besteht; eine Nato, die mit den hybriden Bedrohungen und den Cybergefahren zurechtzukommen habe; und eine Nato, die für Stabilität im Nahen Osten und in der arabischen Welt sorgen müsse.

Der Politische Ausschuss befasste sich in London mit den **transatlantischen Beziehungen**. Michael Clarke, emeritierter Professor des «Royal United Service Institute» (RUSI), nannte in seinem Vortrag fünf Probleme, mit denen Europa konfrontiert ist und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen haben: 1. Der Abstand zwischen den Projekten der Länder Nord- und Südeuropas nimmt als logische Folge der Erweiterung der euroatlantischen Institutionen zu. 2. Die militärischen Kapazitäten der europäischen Bündnispartner wurden seit dem Ende des Kalten Kriegs grösstenteils ausgehöhlt. 3. Die internationalen Sicherheitsbeziehungen werden im kommenden Jahrzehnt hauptsächlich von den vier revisionistischen Mächten USA, Russland, Indien und China bestimmt, während die europäischen Staaten in erster Linie am Status quo festhalten wollen. 4. Europa ist unmittelbar betroffen von den Auswirkungen der türkischen Aussenpolitik in Syrien und des bevorstehenden Brexits. 5. Die Mitglieder der «europäischen Familie» können sich nur schwer gegenseitig zur Beachtung der freiheitlich-demokratischen Werte verpflichten.

In Bezug auf die USA sagte Clarke, dass diese lange vor der Wahl von Donald Trump ins Präsidentenamt begonnen hätten, sich eindeutig in Richtung Pazifik zu orientieren. Trumps Aussenpolitik orientiere sich am «Jackson-Nationalismus», welcher auf der Idee beruhe, dass die USA ihre internationalen Interessen auf bilateralem Wege schützen. Clarke wies allerdings darauf hin, dass die US-Militärs die Ansichten des Weissen Hauses nicht unbedingt teilen, sondern nach wie vor an der transatlantischen Militärkooperation festhalten wollen. Er hielt fest, dass zwischen den USA und Europa nicht mehr nur formelle Differenzen herrschen, sondern dass inzwischen unterschiedliche Interessen verfolgt werden. Punktuelle Meinungsverschiedenheiten könnten zwar – wie in der Vergangenheit – innerhalb der Nato beigelegt werden, doch sollten sich diese Meinungsverschiedenheiten vervielfachen und Europäer und Amerikaner nicht mehr die gleiche Weltanschauung haben, wäre das Problem deutlich schwieriger zu lösen. In der Diskussion zeigten sich mehrere Rednerinnen und Redner besorgt über die zunehmenden Gegensätze, mit auf der einen Seite einem US-Präsidenten, der Probleme auf nationalem oder bilateralem Wege lösen möchte, und auf der anderen Seite Europa, das multilaterale Lösungen bevorzugt. Auch Clarke bezeichnete dies als besorgniserregende Entwicklung und warnte vor einer Abkehr vom Multilateralismus, da ansonsten der Rückfall in Zeiten der Machtpolitik drohe.



Mehrere Rundtischgespräche in London befassten sich mit der **Verstärkung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs der Nato** sowie den **Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Scheitern des INF-Vertrags**. Nicholas Soames (Vereinigtes Königreich) schlug vor dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit Alarm und sagte, es müsse unbedingt verhindert werden, dass Russland in der Lage sei, allfällige Nachschublieferungen der Nato-Partner über den Atlantik zu unterbinden oder zu verzögern. In seinem Bericht⁷ erläutert Soames u. a., welche Gefahren von der Modernisierung der russischen Flotte ausgehen. Im Vergleich zum Kalten Krieg stünden den Bündnispartnern heute rund 50 Prozent weniger Zerstörer, Fregatten und U-Boote zur Verfügung. Ein Grossteil dieser Schiffe gehöre der USA und werde von diesen vor allem im Pazifik eingesetzt. Soames hielt fest, dass diesem Thema jahrelang wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden sei, die Nato jetzt aber Massnahmen ergriffen habe. In seinen Augen ist es unerlässlich, den Rückstand schnellstmöglich aufzuholen und auch der Bedrohung des Seekabelnetzes mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Er empfiehlt in seinem Bericht, dass die Bündnispartner zur Aufrechterhaltung ihrer lebenswichtigen militärischen und wirtschaftlichen Manövrierefreiheit im Nordatlantik frühere, strategisch wichtige Stützpunkte aufwerten oder neue Stützpunkte einrichten. Zudem brauche es unbedingt eine Verstärkung der Aufklärungsmittel. Ferner forderte er die Nato-Mitglieder auf, ihre Infrastrukturen zu modernisieren, damit diese im Krisenfall die Streitkräfte aus den USA und Kanada sowie deren Ausrüstung aufnehmen können. Moderne Hafen- und Luftlandeanlagen, Bahnhöfe und Schienenverbindungen sowie weitere Infrastruktureinrichtungen würden den Streitkräften aus Nordamerika auch bessere Möglichkeiten bieten, rasch allfällige militärische Aktivitäten in Europa zu unterstützen. Darüber hinaus brauche es ein Übungsprogramm für die U-Boot-Bekämpfung. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt auch Lara Martinho (Portugal) in ihrem Bericht⁸. Sie empfiehlt ebenfalls, mehr Übungen durchzuführen, und zwar nicht nur als Reaktion auf die Zunahme der russischen Manöver, sondern auch als Antwort auf die chronische Instabilität an der südlichen Grenze. Nato-Übungen erwiesen sich als kostengünstiger als nationale Manöver und trügen zur Erhöhung der Interoperabilität bei. Überdies seien diese Manöver ein klares Zeichen, namentlich an potenzielle Gegner, aber auch an die jeweilige heimische Öffentlichkeit. Stuart Peach, General der «Royal Air Force» und Präsident des Nato-Militärausschusses, äusserte sich ähnlich. Es sei unerlässlich, auf allen Ebenen mehr Übungen durchzuführen und sich über die daraus gewonnenen Erkenntnisse auszutauschen, um so die Prozesse zu verbessern und die Widerstandsfähigkeit zu stärken. Vizeadmiral Hervé Bléjean, stellvertretender Kommandant des Nato-Marinekommandos (Marcom), zeigte in seiner Rede auf, welche Massnahmen die Nato seit 2017 ergriffen hat, um ihre Fähigkeiten im Nordatlantik zu verstärken, und nannte vor allem die neue Übungsreihe zur Simulation einer Unterstützung Europas. Leona Alleslev (Kanada) betonte bei der Präsentation ihres Berichts⁹ vor dem Ausschuss für Wissenschaft und Technologie, dass die Nato ernste Defizite bei den Fähigkeiten zur U-Boot-Bekämpfung (ASW) aufweist, und dies in Zeiten einer zunehmenden Bedrohung durch russische U-Boote. Sie rief dazu auf, verstärkt in taktische Unterseeboote, Seefernaufklärer, ASW-fähige Überwasserschiffe, Hubschrauber und akustische Ortungssysteme zu investieren.

Joseph A. Day (Kanada) wiederum weist in seinem Bericht¹⁰ darauf hin, dass zur Kündigung des INF-Vertrags und zur Schwächung des weltweiten Rüstungskontrollsystems auch noch hinzukommt, dass derzeit sämtliche Atommächte in die Modernisierung bzw. Aufstockung ihrer nuklearen Fähigkeiten investieren. Bei der Berichtspräsentation unterstrich er, dass die neuen nuklearen Systeme nicht nur

⁷ «Evolving security in the North Atlantic», Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.

⁸ «NATO exercises – evolution and lessons learned», Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.

⁹ «NATO anti-submarine warfare: rebuilding capability, preparing for the future», Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.

¹⁰ «A new era for nuclear deterrence? Modernation, arms control, and allied nuclear forces», Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.



kostspieliger, sondern auch verwundbarer sind, und zwar nicht zuletzt wegen der Fortschritte bei den Abwehrsystemen gegen ballistische Flugkörper, den Anti-Satelliten- und U-Bootabwehrwaffen sowie den Hackerangriffen. Zudem führten weitere technologische Neuerungen wie die neue Generation von Hyperschall-Flugkörpern dazu, dass die Entscheidungsspielräume für die Einsatzführung verkleinert würden, womit sich auch die Frage stelle, ob die politische Führung im Krisenfall ausreichend Zeit habe zu reagieren. Die wachsende Zahl von Atomwaffen in aller Welt erhöhe überdies die Gefahr von Unfällen und Diebstählen. Verschiedene Terrorgruppen hätten offen zugegeben, dass sie versuchen, sich Atomwaffen zu beschaffen. Angesichts der Stationierung der SSC-8-Rakete durch Russland stelle sich die Frage nach der gegenwärtigen Aufstellung der Allianz.

Im Rahmen eines vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit organisierten Rundtischgesprächs über die Herausforderungen nach der Kündigung des INF-Vertrags bezeichnete Bruno Tertrais, stellvertretender Direktor der «Fondation de la recherche stratégique», die Tatsache, dass niemand genau weiss, wie Russland seine Nuklearwaffen einsetzen kann, als viel beunruhigender als die Rhetorik über den möglichen Einsatz dieser Waffen. Vor diesem Hintergrund äusserte Tertrais die Ansicht, dass der INF-Vertrag zwar tot sei, dies aber nicht zwangsläufig eine Rückkehr zum Wettrüsten des Kalten Kriegs bedeute. Er rief die Nato auf, nicht dem russischen Vorbild zu folgen. Tom Plant, Direktor des Programms für Atompolitik und Proliferation des RUSI, sagte, dass die Zeit des Rüstungskontrollsystems des Kalten Kriegs vorbei sei. Die grossen langjährigen Verträge würden künftig von punktuellen Abkommen mit kürzerer Laufzeit abgelöst. Die verschiedenen Parteien müssten sich flexibel zeigen. Darüber hinaus dürfte sich auch die Weiterentwicklung konventioneller Mittel wie der Aufklärungs- und Zielsysteme oder der Hochpräzisionswaffen auf das strategische Gleichgewicht auswirken. Plant erachtet es als wahrscheinlich, dass Russland über kurz oder lang an den Verhandlungstisch zurückkehrt, um über einen neuen Rüstungskontrollvertrag zu sprechen. Der Westen dürfe nicht die Geduld verlieren und müsse einfach den Informationsaustausch mit Russland ausserhalb des Vertrags sicherstellen, um sich vor Überraschungen zu schützen.

Mehrere Ausschüsse befassten sich an den beiden Tagungen mit dem Thema der **Lastenverteilung**. Auf dem Wales-Gipfel 2014 haben die Nato-Staaten vereinbart, ihre Verteidigungsausgaben bis 2024 auf 2 Prozent ihres BIP zu erhöhen und 20 Prozent davon für neue Ausrüstung sowie für Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Gemäss dem Bericht von Gerald Connolly (USA)¹¹ stellen die erteilten Zusagen («Defence Investment Pledge», DIP) einen wesentlichen Schritt dar, da so die Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten bis Ende 2020 um rund 100 Milliarden US-Dollar steigen sollten. Die Umsetzung des DIP sei für den Zusammenhalt im Bündnis von entscheidender Bedeutung. Vor diesem Hintergrund schlug Leona Alleslev (Kanada) bei der Präsentation ihres Berichts¹² vor dem Ausschuss für Wissenschaft und Technologie Alarm. Sie warnte, dass der technologische Vorsprung der Nato schwindet, und rief zu einer konsequenten Umsetzung der Nato-W&T-Strategie von 2018 auf. Auch Connolly betonte, die Sicherheit der Nato-Verbündeten hänge davon ab, dass das Bündnis seinen technologischen Vorsprung behält.

Die **Politik der offenen Tür** wurde ebenfalls in verschiedenen Ausschüssen erörtert. Connolly begrüsst die Absicht der Nato, die Politik der offenen Türe fortzuführen, um so für mehr Stabilität und eine Verbreitung der demokratischen Prinzipien in Europa zu sorgen. Diese Politik bezwecke auch die demokratische Aufsicht über das Militär, was sich laut Connolly für die Kandidatenländer in einem «Sozialisierungseffekt» niederschlage. Er plädierte dafür, die Nato solle die Unterstützung ihrer

¹¹ «NATO@70: why the Alliance remains indispensable», Politischer Ausschuss.

¹² «NATO anti-submarine warfare: rebuilding capability, preparing for the future», Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.



Partner im Osten – insbesondere der Ukraine und Georgien – fortführen und weiteren Beitrittsaspiranten Signale der Ermutigung geben. Die Beitritte Montenegros und Nordmazedoniens seien starke Botschaften: Die Nato weigere sich, in der Beitrittsfrage ein Veto Russlands hinzunehmen. Die **Beziehungen zur EU** waren 2019 nicht Gegenstand eines separaten Berichts, im Rahmen der Diskussionen wurde aber immer wieder die Wichtigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit betont.

Die Vollversammlung verabschiedete in London drei Resolutionen über die Weiterentwicklung der Nato. Bezugnehmend auf das 70-jährige Bestehen des Bündnisses sowie dessen Werte und Grundprinzipien, fordert die Versammlung die Nato in zwei dieser Resolutionen¹³ auf, ihr strategisches Konzept so zu aktualisieren, dass dieses dem neuen Sicherheitsumfeld – Cybergefahren und hybride Bedrohungen, aggressives Verhalten Russland, wachsende Bedeutung Chinas, Bedrohungen an der südlichen Grenze des Nato-Raums – gerecht wird. Die Resolutionen verlangen zudem die Schaffung eines Koordinierungszentrums für die Widerstandsfähigkeit der Demokratie (DRCC), welches die Mitgliedstaaten bei der Stärkung der demokratischen Institutionen unterstützt, und die Schaffung einer Struktur, welche den Mitgliedstaaten Unterstützung anbietet in Sachen Durchführung integrierter und sicherer Wahlen, richterlicher Unabhängigkeit, Pressefreiheit und anderer wesentlicher Aspekte einer funktionierenden Demokratie. Ausserdem wird empfohlen, die nationalen Wahlsysteme in die Liste der strategischen Infrastrukturen aufzunehmen.

Eine dritte Resolution¹⁴ verlangt, an einer sicheren, geschützten, starken, leistungsfähigen und überlebenden nuklearen Abschreckung als zentraler Grundlage der Nato-Verteidigungspolitik festzuhalten, und fordert die Mitgliedstaaten auf, weiterhin in die Modernisierung der bestehenden nuklearen Systeme zu investieren.

4.3 Beziehungen zu Russland

Das Verhalten Russlands auf dem internationalen Parkett war in sämtlichen Ausschüssen der Versammlung Diskussionsgegenstand. In London stellten zwei Experten, Michael Clarke, emeritierter Professor und Forscher am «Royal United Services Institute» (RUSI), und Keir Giles, Leiter des britischen «Conflict Studies Research Centre» (CSRC), ihre Analyse der russischen Politik vor. Laut Clarke ist Russland mittlerweile in der Lage, in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren den westlichen Interessen zu schaden. Moskau verfüge – sofern sich der Westen dies gefallen lasse – über die Mittel, ein Problem darzustellen, wenn auch kein strategisches. Putin habe eine sehr territoriale Vision der internationalen Beziehungen und die Erweiterung der Nato sei als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen worden. Clarke meinte, das Störpotenzial Russlands und dessen Fähigkeit, die Anstrengungen des Westens zunichtezumachen, beunruhige ihn. Mehrere Länder, darunter das Vereinigte Königreich, hätten ihre Streitkräfte verkleinert und wollten diese erst im Ernstfall wieder aufstocken. Clarke zweifelte an der Umsetzbarkeit dieses Konzepts. In seinen Augen ist es nicht möglich, schnell genug ausreichend Soldatinnen und Soldaten zu rekrutieren. Giles wiederum argumentierte, aufgrund unterschiedlicher strategischer Interessen würden die Beziehungen zu Russland historisch auf Konfrontation beruhen. Die rund 25-jährige Phase relativer Ruhe nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei als historische Ausnahme zu betrachten und einzig auf die damalige Schwäche Russlands zurückzuführen. Giles sieht darin, dass die Beziehungen nun wieder von Spannungen geprägt sind, eine Rückkehr zur Normalität. Diese Situation müsse jedoch nicht automatisch zu einem offenen Konflikt führen. Russland sei der Auffassung, es stehe auf allen Ebenen – mit Ausnahme der militärischen – in Konflikt mit dem Westen. Konzessionen und Kompromisse

¹³ Resolution Nr. 454: «Commitment to NATO's founding principles and values»;
Resolution Nr. 457: «NATO@70: celebrating 70 years of peace and security through unity».

¹⁴ Resolution Nr. 455: «Supporting NATO's post-INF treaty defence and deterrence posture».



erachte es als Zeichen von Schwäche, die es auszunutzen gelte. Giles hält es für wichtig, dies im Umgang mit Russland zu berücksichtigen. Ansonsten bauten die Beziehungen auf Missverständnissen auf. Diese Situation würde sich auch mit einem Regimewechsel nicht ändern. Giles sprach sich für den Aufbau einer funktionalen und praktischen Beziehung mit Russland aus. Ziel solle es sein, das Schädigungspotenzial Russlands weitestgehend zu verringern und die Berechenbarkeit von dessen Handeln zu erhöhen, um jegliche Überraschung zu vermeiden. Er rief die Nato dazu auf, eine klare Botschaft an Russland zu senden und die Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten über die Machenschaften Russlands transparent zu informieren.

Raynell Andreychuk (Kanada) argumentierte sehr ähnlich. In ihrem Bericht¹⁵ vertrat sie die Auffassung, dass der Kreml keinerlei Absicht erkennen lässt, von seinem Konfrontationskurs abzurücken. Russland ist der Ansicht, dass die Nato seine legitimen Sicherheitsbedürfnisse ignoriert sowie das Land schwächen und einkreisen will. Entsprechend erachte der Kreml den Erhalt bzw. die Errichtung von Pufferzonen und Einflussphären als unabdingbar und sehe die Beziehungen mit dem Westen als geopolitisches Nullsummenspiel. Die Auswirkungen seien nicht nur in der Ukraine sichtbar, sondern auch in Georgien, in Moldova, in weiteren Staaten der ehemaligen UdSSR sowie auf dem Westbalkan.¹⁶ Im Bericht wird zudem hervorgehoben, dass Russland seine Aktivitäten in der Mena-Region verstärkt, insbesondere in Syrien, aber auch in Afrika, wo Moskau durch den Abschluss von Sicherheitsabkommen, durch Waffengeschäfte und durch militärisches Training die Beziehungen zu den Partnerländern der ehemaligen UdSSR wiederhergestellt hat. In seinem Bericht¹⁷ an den Politischen Ausschuss hält Gerald Connolly (USA) fest, dass Russland unter Putin erstarkt ist und sich revisionistisch und aggressiv um die Wiederherstellung seiner Stellung als wichtige Weltmacht auf Augenhöhe mit den USA bemüht. Russland wolle in Europa eine neue Sicherheitsarchitektur schaffen, in der es der beherrschende Akteur sei. Durch die Aggression gegen die Ukraine und die illegale Annexion der Krim seien die seit 25 Jahren andauernden Bemühungen der Nato um die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit Russland beendet worden. Neben der Missachtung internationaler Normen und dem Einsatz von Gewalt setze Russland sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Mittel ein, um die Nato und die Stabilität der Bündnis- und Partnerstaaten zu unterminieren und die westlichen Demokratien zu schwächen. Nicholas Soames zeigt in seinem Bericht¹⁸ auf, dass Russland seine militärische Präsenz im nordatlantischen Raum sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgebaut hat. Dies führe zu einer potenziellen Bedrohung der Manövrierefreiheit der Nato in diesem für sie strategisch lebenswichtigen Raum. Leona Alleslev wies darauf hin, dass die erhebliche Zunahme russischer Flottenbewegungen in der Nähe wichtiger Seekabel eine erhebliche Bedrohung darstellt. Schliesslich würden über dieses Kabelnetzwerk 97 Prozent des weltweiten Datenverkehrs übertragen und die russischen U-Boote könnten die Kabel verdeckt anzapfen bzw. kappen, um an nachrichtendienstlich wertvolle Informationen zu gelangen bzw. wichtige Dienste zu unterbrechen.

Angesichts des Verhaltens Russlands wird im Bericht von Andreychuk empfohlen, dass die Nato weiterhin entschlossen auftritt und bei gleichzeitiger Vermeidung jeder Eskalation ihre Verteidigung und Abschreckung stärkt. Darüber hinaus müssten die Nato-Mitglieder in ihren Beziehungen zu Russland geeint auftreten und den Willen aufbringen, den russischen Aggressionen – wo erforderlich – entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang wird im Bericht für eine Beibehaltung resp. für eine Verstärkung der Wirtschaftssanktionen plädiert. Der CEO von «Hermitage Capital Management»,

¹⁵ «NATO-Russia relations – a snapshot», Politischer Ausschuss.

¹⁶ «North Macedonia – political change, NATO accession and economic transition», Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit.

¹⁷ «NATO@70: why the alliance remains indispensable», Politischer Ausschuss.

¹⁸ «Evolving security in the North Atlantic», Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.



William Bowder, erklärte vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit, dass gezielte Sanktionen gegen hochrangige russische Verantwortliche ein effizientes Mittel gegen die Machenschaften Russlands sein könnten. Die meisten führenden Politiker und Oligarchen Russlands hätten ihr Geld in westlichen Ländern angelegt. Diese Gelder könnten problemlos eingefroren werden. Bowder teilte mit, die USA hätten ein Gesetz erlassen, das auf die Gelder abzielt, die hochrangige russische Verantwortliche, die an der Ermordung des Anwalts Sergei Magnitski im Gefängnis beteiligt waren, in den USA platziert haben.¹⁹ Andere Länder wie Kanada, das Vereinigte Königreich und die baltischen Staaten hätten vergleichbare Rechtsvorschriften verabschiedet und die EU erwäge derzeit, ein ähnliches Gesetz auszuarbeiten. In der Diskussion forderte John Shimkus (USA) die Mitgliedstaaten auf, solche Rechtsvorschriften zu erlassen, um so den russischen Machenschaften entgegenzuwirken. Mehrere Parlamentarierinnen und Parlamentarier, darunter der Präsident der britischen Delegation, Richard Benyon, pflichteten ihm bei und äusserten die Auffassung, dass sich Fortschritte am besten mit gezielten Sanktionen erreichen lassen.

4.4 Digitale Technologien, künstliche Intelligenz und Cyberbedrohungen

Sowohl in Bratislava als auch in London erörterten verschiedene Ausschüsse die sicherheitspolitischen Auswirkungen der rasanten Entwicklungen im Bereich der digitalen Technologien²⁰, der KI und der Cyberbedrohungen. Matej Tonin (Slowenien) legte bei der Präsentation seines Berichts²¹ dar, dass bestimmte Analysten zwar davon ausgehen, KI könne die nationale Sicherheit – in ähnlichem Masse wie Atomwaffen, Luftfahrt, Informatik und Biotechnologie – umwälzen, andere indes vorsichtiger seien. Fast alle Expertinnen und Experten der Verteidigungsbranche seien sich jedoch einig, dass das Potenzial für die Anwendung von KI im Militärssektor in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Kriegsführung präsent sei. Als Beispiel nannte er die autonomen Waffensysteme, die zu einer Restrukturierung der Armee und der Einsatzdoktrin führen und letztlich einen Einfluss auf das generelle militärische Gleichgewicht haben könnten. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass China sich zum Ziel gesetzt hat, die weltweite Nummer 1 im Bereich der KI zu werden, und an der Entwicklung entsprechender militärischer Systeme arbeitet. Tonin empfahl, dass die im wissenschaftlichen und technologischen Bereich führenden Mitglieder der Nato in verteidigungsbezogene KI-Forschung und -Entwicklung investieren. Gleichzeitig müsse die Kluft zwischen den Nato-Ländern im Bereich der Verteidigungstechnologie aber klein genug bleiben, damit es nicht zu Interoperabilitätsproblemen komme. Weiter betonte er, dass die Streitkräfte nicht in der Lage sind, die KI-spezifischen Herausforderungen alleine zu meistern. Vielmehr komme dabei den nationalen Regierungen, der Nato und der EU eine entscheidende Rolle zu. Auf strategischer Ebene müssten sich die Nato-Mitglieder darüber hinaus mit den geopolitischen Herausforderungen befassen, namentlich auch mit denen, die sich aus den Investitionen Chinas und Russlands in militärische KI-Systeme ergäben. Michael Clarke erklärte vor dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit, dass der Einbezug neuer Technologien eine grosse Herausforderung für die Streitkräfte sein wird. Er betonte unter Verweis auf das Beispiel Vereinigtes Königreich, dass die Budgets für die Entwicklung neuer Technologien (Nanotechnologie, Biotechnologie, Quantum Computing usw.) bescheiden sind, obwohl einige dieser Technologien langsam das Reifestadium erreichten und in Kürze zur Entwicklung neuer Waffensysteme eingesetzt werden könnten. Laut Clarke wird es in den USA, in China und sogar in Russland zu entscheidenden Durchbrüchen kommen, nicht aber in Europa, was problematisch sei. Europa verfüge über kleine

¹⁹ Magnitski-Gesetz; dieses Gesetz wurde später auch bei Menschenrechtsverletzungen und bei Korruption auf höchster staatlicher Ebene weltweit angewendet.

²⁰ Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

²¹ «Artificial intelligence: implications for NATO's armed forces», Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.



Streitkräfte und die Gefahr sei gross, dass diese künftig nicht in der Lage sein werden, entscheidend Einfluss zu nehmen. De facto dürfte Europa seine strategische Bedeutung einbüßen.

Jean-Marie Bockel (Frankreich) wies bei der Präsentation seines Berichts²² vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit darauf hin, dass Digitaltechnologie nicht nur Vehikel wirtschaftlicher Veränderungen und Mittel der Wohlstandsmehrung, sondern auch ein Instrument für Spionage und Militäraktionen ist. Wenn sich eine Volkswirtschaft mit einem Cyberangriff lahmlegen lasse, dann sei diese Waffe höchst attraktiv, reichten doch einige wenige Mausklicks aus, um so viel Schaden anzurichten wie früher mit Tausenden von Bombereinsätzen. Reiche postindustrielle Gesellschaften, deren Wirtschaft in hohem Masse von der digitalen Wirtschaft abhängt, seien durch derartige Angriffe extrem gefährdet. Autoritäre Regime hingegen, die das Internet streng kontrollierten und die Freiheit ihrer Bevölkerung einschränkten, würden die Verwundbarkeit gegenüber Angriffen von aussen verringern. Somit gehe es bei der zunehmenden digitalen Konkurrenz auch um widerstreitende gesellschaftliche Werte, wobei das Engagement des Westens für Offenheit paradoxerweise zu einer Ursache seiner Verwundbarkeit geworden sei. Überdies zeichne sich auch eine Veränderung des digitalen Machtgleichgewichts ab, da die USA inzwischen nicht mehr die unangefochtene Internet- und digitale Hegemonialmacht seien. Vor diesem Hintergrund plädierte Bockel für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA, damit geeignete Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft geschaffen werden und ein funktionierendes Gleichgewicht zwischen Sicherheit, Innovation, handelspolitischen Zielen und Regulierung hergestellt wird. Sowohl Bockel als auch Susan Davis (USA)²³ massen in ihren Berichten der Cybersicherheit, -abwehr und -abschreckung grosse Bedeutung zu. Beide wiesen darauf hin, dass in den Netzen der Nato jeden Monat Hunderte von Cyberangriffen zu verzeichnen sind und sich die Häufigkeit des Eindringens in Netze in allen Bündnisstaaten beträchtlich erhöht. Die Verwundbarkeit gegenüber Cyberangriffen werde umso bedeutsamer, als lebenswichtige Infrastruktur zunehmend auf IKT angewiesen sei und die Konsumgütermärkte sich immer mehr vernetzten («Internet der Dinge»). Entsprechend müssten die Schutzmassnahmen erhöht werden. So müssten höhere Sicherheitsstandards sowie Redundanzen im digitalen Raum verbindlich werden, um bei Angriffen die Überlebensfähigkeit zu gewährleisten. Ferner sollten Kontrollsysteme entwickelt werden, um fortlaufend beurteilen zu können, ob lebenswichtige Infrastruktur beeinträchtigt ist. Parallel dazu brauche es zur Abschreckung auch Fähigkeiten für offensive Vergeltungsmassnahmen im Cyberspace. Mögliche Gegner müssten unmissverständlich darauf hingewiesen werden, dass man durchaus zu solchen Massnahmen bereit ist. Gleichzeitig sei gründlicher darüber nachzudenken, wie Eskalationen bestmöglich kontrolliert werden können, damit es zu keinen Kettenreaktionen kommt, die zu einem totalen Cyberkrieg führen. Dabei rief Davis in Erinnerung, dass die Cybersicherheit, -abwehr und -abschreckung seit dem Wales-Gipfel eine Kernaufgabe der Nato ist. Ein Cyberangriff gegen ein Nato-Mitglied könne als bewaffneter Angriff gegen alle Mitglieder betrachtet werden und daher die Allianz veranlassen, den Bündnisfall im Sinne von Artikel 5 des Washingtoner Vertrags auszurufen. Am Nato-Gipfel 2018 in Brüssel sei diese Beistandspflicht bekräftigt worden. In London wurde eine Resolution²⁴ angenommen, die verlangt, dass die Mitgliedstaaten bis Ende 2019 eine Nato-Doktrin für den Cyberspace verabschieden. Die Resolution fordert zudem, dass die Massnahmen zum Aufbau von Cyberkapazitäten verstärkt und die Bündnisstrukturen angepasst werden. Ferner sollen die Mitgliedstaaten offensive und defensive «Cyber effects» für Nato-Operationen zur Verfügung stellen. Zu guter Letzt verlangt die Resolution,

²² «North American and European approaches to digital markets and cyber security», Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit.

²³ «NATO in the cyber age: strengthening security and defence, stabilising deterrence», Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.

²⁴ Resolution Nr. 459: «Strengthening NATO cyber security defence and deterrence».



an einer zweideutigen Politik zur Cyberabschreckung festzuhalten, d. h., es soll nicht klar sein, ab welcher Schwelle ein Cyberangriff als militärischer Angriff erachtet wird.

4.5 Lage in Nordmazedonien

Die Litauerin Ausrine Armonaite rief bei der Vorstellung ihres Berichts²⁵ vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit in Erinnerung, dass Nordmazedonien seit mehr als zwei Jahrzehnten Mitglied der Nato werden möchte. Nachdem sich das Land 1999 dem Aktionsplan für Beitrittskandidaten angeschlossen hatte, wurde es 2008 als technisch bereit für die Mitgliedschaft erklärt. Die formelle Beitrittseinladung wurde allerdings erst im Sommer 2018 nach der Beilegung des Namensstreits mit Griechenland (Prespa-Abkommen) ausgesprochen. Diese lange Wartezeit habe sich negativ auf die politische und wirtschaftliche Umgestaltung des Landes ausgewirkt. Laut Armonaite muss die transatlantische Gemeinschaft aus dieser Erfahrung lernen. Sie müsse mehr zur Festigung der Reformen in der Region beitragen, namentlich durch das Angebot realistischer Aussichten auf eine Nato- und auf eine EU-Mitgliedschaft. Ein ernsthaftes Engagement beider Organisationen für einen Beitritt trage dazu bei, dass die Reformen realisiert würden. Parallel dazu müsse Nordmazedonien seine Anstrengungen erhöhen und die demokratischen Reformen vorantreiben, um namentlich bei der Korruptionsbekämpfung, der Reform des Justizsystems, der Pressefreiheit, der Überparteilichkeit, der interethnischen Aussöhnung und der sozialen Gerechtigkeit Fortschritte zu erzielen. Zudem müsse das Bildungssystem reformiert werden, das unzureichend für den langfristigen Bedarf der Wirtschaft gerüstet sei. Die Jugendarbeitslosigkeit sei sehr hoch und eine der Hauptursachen für die beunruhigende Abwanderung hochqualifizierter Kräfte. Die Nato und die EU müssten das Land bei diesen Reformen unterstützen. Die EU solle nun formelle Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien aufnehmen, empfahl Armonaite. Diesen Entscheid weiter aufzuschieben, könnte die Gegner des Prespa-Abkommens stärken und Russland Möglichkeiten eröffnen, sich aktiver in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen, warnte sie. Schliesslich rief sie alle Nato-Mitgliedstaaten auf, das Beitrittsprotokoll Nordmazedoniens rasch zu ratifizieren.

4.6 Lage in der Mena-Region, «Islamischer Staat» und Terrorismusbekämpfung

Julio Miranda Calha (Portugal) bezeichnete bei der Präsentation seines Berichts²⁶ vor dem Politischen Ausschuss die Sicherheitslage im Nahen Osten und in Nordafrika als nach wie vor sehr heikel. Neben der Wiederzunahme der terroristischen Aktivitäten gebe es zahlreiche weitere Ursachen für die dort herrschende Instabilität: wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme, schlechte Regierungsführung, Menschenhandel, Drogenhandel und Piraterie. Diese Probleme beträfen insbesondere auch die Länder in der Sahel-Zone und den Regionen südlich davon, deren Kapazitäten zur Lösung dieser Probleme sehr beschränkt seien. Der militante Extremismus in der Region nehme zu und die extremistischen Gruppen seien immer häufiger untereinander vernetzt. Calha wies darauf hin, dass die Zunahme der terroristischen Aktivitäten in Afrika direkte Auswirkungen auf die südlichen Nato-Länder hat. Die Nato sei derzeit in dieser Region nicht sehr aktiv und beschränke sich auf die Pflege der Beziehungen mit den regionalen und internationalen Partnern. Mit der Schaffung der «Drehscheibe für den Süden» in Neapel habe die Nato einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Nun gehe es darum, die Rolle der Nato in Afrika zu stärken. In der nachfolgenden Diskussion teilten viele Rednerinnen und Redner die Auffassung, dass es notwendig ist, dieser Region mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sie wünschten sich eine verlässliche Partnerschaft zwischen der

²⁵ «North Macedonia – political change, NATO accession and economic transition», Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit.

²⁶ «Security and stability in Africa – challenges and opportunities for NATO», Politischer Ausschuss.



Afrikanischen Union und der EU. Delegierte aus Spanien, Frankreich und Italien forderten ihre Kolleginnen und Kollegen dazu auf, darüber nachzudenken, wie sich die Nato auf operativer Ebene mehr engagieren könnte.

Der Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit befasste sich mit den humanitären und sicherheitspolitischen Problemen in Afrika, namentlich mit den Auswirkungen der von Konflikten ausgelösten Migrations- und Fluchtbewegungen sowie der Gefahr, dass der Klimawandel die Konflikte und die Zwangsvertreibungen noch verstärkt. Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) erinnerte bei der Präsentation seines Berichts²⁷ daran, dass die Grenzsicherung im Wesentlichen ein hoheitliches Vorrecht der Staaten ist und die Rolle der Nato in diesem Bereich dementsprechend begrenzt ist. Ein Einbezug der Nato sollte hingegen in Krisen in Betracht gezogen werden, wenn militärische Einsatzmittel wie Überwachungstechnologien von erheblichem Wert sein könnten. Ferner könne die Nato beim Kapazitätsaufbau der Grenz- und Küstenwachen von Partnern an den europäischen Süd- und Südostflanken nützlich sein. Darüber hinaus könne die «Euro-Atlantische Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe» (EADRCC) genutzt werden, um die humanitäre Hilfe in Flüchtlingskrisen zu koordinieren. Jopling betonte, dass politische Lösungen militärischen Aktionen vorzuziehen sind. Er erachtet es für wichtig, dass die Staaten des euroatlantischen Raums ihre Verpflichtung zur Einhaltung des UNO-Protokolls von 1967 über die Rechtsstellung von Personen, die von Verfolgung bedroht sind, bekräftigen. Nationale Sicherheit und gerechte Asylpolitik sollten sich gegenseitig stützen. Der leitende Direktor des «International Rescue Committee», Sanj Srikanthan, wies in London darauf hin, dass die Mehrheit der Flüchtlinge von ärmeren Ländern aufgenommen wird, und forderte die westlichen Länder deshalb dazu auf, beim Flüchtlingsschutz mehr Verantwortung zu übernehmen.

In einer von der Vollversammlung verabschiedeten Resolution²⁸ empfiehlt die Nato-PV den Regierungen der Nato-Mitgliedsländer, die «Drehscheibe für den Süden» für einen besseren Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse zu nutzen und so die Fähigkeiten der Nato im Bereich der Frühwarnung zu verbessern. Die Resolution ersucht die Bündnispartner zudem, die Länder in der Sahel-Zone beim Aufbau von Sicherheitskräften zu unterstützen, damit sie regionale terroristische Bewegungen besser bekämpfen können. Verlangt wird ausserdem die Vertiefung der Partnerschaften mit den Sicherheitsakteuren in Afrika wie der Afrikanischen Union und der G5 Sahel sowie der Ausbau der Zusammenarbeit mit der EU. Ferner werden die Nato-Länder aufgerufen, eine Ausdehnung des Programms «Partnership for peace» auf die afrikanischen Staaten südlich der Sahara zu prüfen.

4.7 Afghanistan

Ulrich Pilster, Mitglied des Generalstabs der Abteilung Operationen der Nato, erklärte in Bratislava, dass eine politische Verhandlungslösung der einzige Weg ist, um den Konflikt in Afghanistan zu beenden und sicherzustellen, dass das Land nie wieder eine Basis für den Terrorismus wird. Er betonte, dass die Nato nach 18 Jahren in Afghanistan nicht die Fortschritte gefährden will, die in verschiedenen Bereichen erzielt wurden. Der Friede in Afghanistan müsse von innen kommen, aber von aussen unterstützt werden. Auch wenn es Fortschritte bei der Reformierung des Sicherheitssektors gebe, sei die Lage in Afghanistan weiterhin kritisch, zumal eine starke Zunahme an zivilen Opfern und Gefallenen sowohl auf Seiten der afghanischen Streitkräfte als auch der Taliban zu verzeichnen sei. In London wurde die Lage in Afghanistan nur kurz erörtert und zwar vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit bei der Ausarbeitung einer Resolution²⁹, welche die Vollversammlung in der Folge verabschiedete. Die Resolution fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, bis

²⁷ «Border security», Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit.

²⁸ Resolution Nr. 451 «Reinforcing NATO's Contribution to Tackling the Challenges from the South».

²⁹ Resolution Nr. 456: «Recent developments in Afghanistan».



zum Abschluss eines Friedensabkommens ihre Missionen zur Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte fortzuführen. Ausserdem wird darin an die Mitgliedstaaten appelliert, die Effizienz der Hilfsprogramme für die afghanischen Sicherheitskräfte zu erhöhen mit dem Ziel, die Sicherheitskräfte zu kompetenten, unabhängigen und professionellen Streitkräften auszubilden, die langfristig für Stabilität sorgen können. Die Resolution verlangt darüber hinaus, dass über langfristige finanzielle und technische Unterstützung die innerafghanischen Friedensverhandlungen gefördert werden und die Umsetzung eines künftigen Friedensabkommens sichergestellt wird. Bei der Diskussion im Ausschuss zeigten sich die Rednerinnen und Redner besorgt über die ins Stocken geratene Reform des Sicherheitssektors, da dies die Einsatzfähigkeit der afghanischen Streit- und Sicherheitskräfte beeinträchtigt. Weiter äusserten sie ihre Besorgnis über die zunehmende Instabilität, die nach den militärischen Angriffen der Taliban im ganzen Land – einschliesslich Kabul – herrsche.

5 Würdigung der Tätigkeiten der Nato-PV im Jahr 2019

Sowohl die Diskussionen in Bratislava als auch jene in London haben gezeigt, dass bei mehreren Themen **grosse Meinungsverschiedenheiten** zwischen den Nato-Ländern bestehen. Einige erachten es für unerlässlich, dass die Nato eine allgemeine Strategie für die Mena-Region erarbeitet und ihr Engagement in Nordafrika intensiviert. Für andere liegt das Hauptaugenmerk auf dem Umgang mit dem aggressiven Verhalten Russlands. Wenig hilfreich ist zudem, dass die Türkei eine militärische Operation im Norden von Syrien gestartet hat, ohne vorher ihre Bündnispartner zu informieren, was von mehreren Delegationen auch massiv kritisiert wurde. Seitens der britischen Regierung und der Nato-Führung wurde in London versucht, die Wogen zu glätten, dennoch ergab sich der Eindruck, dass zwischen der Türkei und den meisten Nato-Ländern ein tiefer Graben besteht. In der Frage, welche Haltung gegenüber der Türkei einzunehmen ist, gab es allerdings auch keine Einigkeit, auch wenn offensichtlich niemand gewillt ist, extreme Massnahmen zu ergreifen. Es ist deshalb kein Zufall, dass sowohl in den Ausschüssen als auch in der Vollversammlung viele Rednerinnen und Redner zu Einigkeit, Geschlossenheit und gemeinsamem Handeln aufriefen. Es wurde mehrfach daran erinnert, was die Nato zu einer erfolgreichen Organisation gemacht hat.

Die Diskussionen bestätigten auch die Einschätzung, dass die **sicherheitspolitische Lage** fragmentierter, komplexer und unberechenbarer geworden ist. Die Welt befindet sich in einer geopolitischen Übergangsphase. Der Trend hin zu einer multipolaren Weltordnung und der damit verbundenen relativen Machtverschiebung vom Westen in den Osten führt zu wachsenden Spannungen zwischen den USA, Europa, Russland und China. Die Rückkehr der Machtpolitik, die Zunahme unilateraler Handlungen und die Schwächung der internationalen Institutionen prägen die internationale Politik. An der Tagung in London wurde die wachsende Bedeutung Chinas thematisiert sowie die Gefahr einer strategischen Marginalisierung Europas. Der Trend zur militärischen Aufrüstung hält an. Die Zahl regionaler und subregionaler Konflikte bleibt ebenfalls hoch, was u. a. zu anhaltenden Flüchtlings- und Migrationsbewegungen führt. Die technologische Entwicklung beschleunigt sich, was sich auf die Kriegsführung und auf das strategische Gleichgewicht auswirken wird. Die Führungsrolle des Westens in Sachen Technologie bröckelt. Gleichzeitig mehren sich Cyberangriffe durch staatliche und nichtstaatliche Akteure. Die Bedrohung durch Terroranschläge bleibt erhöht, entsprechend angespannt ist auch die sicherheitspolitische Lage in Europa, das durch innenpolitische Krisen und wirtschaftliche Herausforderungen geschwächt ist. Die Tagung in London hat in diesem Zusammenhang gezeigt, dass das Vereinigte Königreich aufgrund der Brexit-Frage nahezu gelähmt ist.

Die Diskussionen boten Gelegenheit, die **Beziehungen zwischen der Nato und Russland** zu bilanzieren. Die aggressive Haltung Russlands auf allen Ebenen wurde mehrfach hervorgehoben.



Moskau suche überall, wo dies möglich sei, die Konfrontation, ohne jedoch einen militärischen Konflikt zu wollen. Viele Rednerinnen und Redner äusserten sich nicht nur über die starke militärische Präsenz Russlands an der Ostflanke der Nato und die bedeutenden waffentechnologischen Fortschritte des Landes zunehmend besorgt, sondern auch über die quantitativ und qualitativ gesteigerte Präsenz Russlands im Nordatlantikraum, der für das Bündnis von zentraler strategischer Bedeutung ist. Gewarnt wurde aber auch vor der Ausweitung des russischen Einflusses in der Mena-Region und auf dem Balkan. Stark kritisiert wurde insbesondere die Weigerung Russlands, sich an den INF-Vertrag zu halten. Allgemein herrscht die Ansicht vor, dass Russland die Fähigkeit erworben hat, den westlichen Interessen in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren zu schaden. Mehrere Rednerinnen und Redner sprachen sich dafür aus, pragmatische Beziehungen zu Moskau zu pflegen mit dem Ziel, das Schädigungspotenzial Russlands weitestmöglich zu verringern und die Vorhersehbarkeit seiner Handlungen zu erhöhen, um so vor Überraschungen gewappnet zu sein.

Im Vergleich zum Vorjahr stand der **Westbalkan** als Ganzes weniger im Fokus. Vielmehr konzentrierte sich die Berichterstattung auf **Nordmazedonien**, das vor grossen Herausforderungen steht. Mehrere Rednerinnen und Redner forderten die Nato und die EU auf, das Land bei seinem Transformationsprozess zu unterstützen, und appellierten an die Nato-Mitglieder, das Beitrittsprotokoll rasch zu ratifizieren. Die Nato-Mitgliedschaft werde generell helfen, den Westbalkan zu stabilisieren.

Im Mittelpunkt der Diskussionen über die **Mena-Region** standen in erster Linie die Sahel-Zone und die Regionen südlich davon. Der Befund blieb unverändert negativ. Die Region ist nach wie vor sehr instabil und Schauplatz vielschichtiger und langanhaltender Konflikte, die von regional- und geopolitischen Machtkämpfen überlagert werden. Der Islamische Staat stelle trotz des Verlusts seines Territoriums im Irak und in Syrien weiterhin eine erhöhte terroristische Bedrohung für Europa dar. Er bleibe handlungsfähig, wenn auch in wesentlich eingeschränkter Form. Zudem bestehe die Bedrohung durch die Al-Kaida fort. Vertreterinnen und Vertreter südlicher Nato-Mitgliedsländer forderten erneut ein verstärktes Engagement der Allianz in dieser Region und die Erarbeitung einer allgemeinen Strategie für die Nato-Südgrenze.

Die Berichterstattung über **Afghanistan** blieb weitgehend negativ. Trotz des enormen Mitteleinsatzes wurde in Afghanistan seit 2001 wenig Nachhaltiges erreicht und bleibt die Sicherheitslage kritisch. Die Rednerinnen und Redner zeigten sich besorgt über die ausbleibenden Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors, da dies die Einsatzfähigkeit der afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte beeinträchtigt. Beunruhigend sei zudem die wachsende Instabilität des Landes nach den militärischen Aktionen der Taliban im ganzen Land, u. a. in Kabul.

Die Auswirkungen der **Cyberbedrohungen** sowie der rasanten Entwicklung der **IKT** und der **KI** nahmen in den Diskussionen grossen Raum ein. Angesichts des riesigen Potenzials dieser Technologien für die Streitkräfte und die Kriegsführung wurde wiederholt die Notwendigkeit betont, mehr in die verteidigungsbezogene Forschung und Entwicklung zu investieren, um mit den Fortschritten Chinas und Russlands Schritt zu halten. Überdies wurde davor gewarnt, dass sich auch im digitalen Bereich das Machtgleichgewicht verändere. Angesichts der starken Zunahme von Cyberangriffen auf die Netze der Nato und der Bündnisstaaten sowie im Wissen um die Verwundbarkeit kritischer Infrastrukturen bestand Einigkeit unter den Rednerinnen und Rednern, dass die Schutzmassnahmen beträchtlich erhöht werden müssen. Zur Abschreckung brauche die Nato überdies Fähigkeiten für offensive Vergeltungsmassnahmen im Cyberbereich. Es wurde vorgeschlagen, bei der Frage, ab wann ein Cyberangriff als militärischer Angriff zu betrachten ist, ein gewisses Mass an Mehrdeutigkeit beizubehalten.



6 Schlussfolgerungen und Tätigkeiten

Die Delegation zieht eine positive Bilanz ihrer Teilnahme an den beiden Tagungen im Berichtsjahr. Sie ist der Ansicht, dass die Arbeiten der Nato-PV von grossem Nutzen für das Schweizer Parlament sind. In Sachen Sicherheitspolitik ist die Nato-PV das wichtigste parlamentarische Forum. Sie versammelt die Mitglieder aller nationalen Verteidigungsausschüsse der euroatlantischen Zone und bietet einen idealen Rahmen für einen Meinungs- und Gedankenaustausch über sicherheitspolitische Themen. Dank der Teilnahme an den Arbeiten der Versammlung kann sich die Delegation zudem ein Bild von den Positionen der verschiedenen Delegationen machen und so die Schwerpunkte der künftigen sicherheitspolitischen Diskussionen erkennen.

Viele der von der Nato-PV behandelte Themen – die Spannungen zwischen der Nato und Russland, die Situation in der Mena-Region, die Lage auf dem Westbalkan, der internationale Terrorismus, die Cyberbedrohungen und die Auswirkungen der technologischen Entwicklung, um nur einige zu nennen – sind auch für die Sicherheitspolitik der Schweiz von Bedeutung. Es ist sinnvoll, sich ein genaues Bild von den Veränderungen zu machen, die derzeit im strategischen Umfeld unseres Landes im Gange sind. Was die Weiterentwicklung der Nato als Organisation betrifft, dürften Themen wie die Umsetzung der Beschlüsse der Nato-Gipfel von Wales und Warschau, die wachsenden Meinungsverschiedenheiten der Bündnispartner in mehreren Themenbereichen, die Beziehungen zu Russland, das Engagement auf dem Balkan, die Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, die Lage in der Mena-Region und die Zusammenarbeit mit der EU in naher Zukunft im Vordergrund bleiben. Diese Themen sind letztlich auch für die Schweiz von Interesse.

Die Nato-PV-Delegation wurde mit dem Legislaturwechsel erneuert. Die Delegation will die in den vergangenen Jahren hergestellten Kontakte weiter pflegen. Im Mittelpunkt werden dabei erneut die beiden Vollversammlungen stehen. Wenn es die Zeit erlaubt, wird die Delegation auch an den Rose-Roth-Seminaren teilnehmen, die sich mit Themen befassen, die für die Schweiz und ihre Sicherheitspolitik von Bedeutung sein könnten.